

An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Beantwortung der Schriftlichen Anfrage betreffend Sexualaufklärung in städtischen Asylunterkünften, eingereicht von Gemeinderätin B. Huizinga-Kauer (EVP)

Am 19. September 2016 reichte Gemeinderätin B. Huizinga-Kauer namens der EVP-Fraktion folgende Schriftliche Anfrage ein:

«Durch Migrationsströme erreichen Menschen unser Land, die nicht durch unser Bildungssystem liefern und somit eine andere, zuweilen ungenügende oder gar keine Sexualaufklärung in ihren Heimatländern hatten. In Anbetracht der Erkenntnisse, dass klassische venerische Erkrankungen wie Tripper, Syphilis, Herpes genitalis, Hepatitis B u.a. wieder häufiger auftreten, macht es Sinn, nicht nur an Schulen und in Beratungsstellen die Risiken von ungeschütztem Sexualverkehr zu thematisieren.

In den Medien war immer wieder einmal von „Crash Kursen“ in Asylauffangzentren zu lesen. Diese fokussieren jedoch meist auf die kulturell bedingten, abweichenden Rollenverständnisse der Geschlechter und nicht auf die Gesundheitsvorsorge. Mit diesen Kursen wird ein erster Grundstein unseres Wertesystems gelegt; um aber ein Umdenken, eine Änderung von Gewohnheiten zu erzielen, bedarf es nachhaltigerer Massnahmen.

Es stellen sich vorerst folgende Fragen:

- 1. Wie und von wem wird in den städtischen Asylunterkünften sexuelle Aufklärung durchgeführt?*
- 2. Besteht ein Konzept, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit anderen Städten und Gemeinden?*
- 3. Werden Präservative und Dental Dams umsonst abgegeben?*
- 4. Wie sieht die Präventionsarbeit insbesondere bei langverbleibenden Asylbewerbern (mehrere Jahre) aus?»*

Der Stadtrat erteilt folgende Antwort:

Asylsuchende werden in den Bundeszentren im Rahmen der grenzsanitarischen Massnahmen gesundheitlich untersucht und unter anderem auch über sexuell übertragbare Krankheiten aufgeklärt. Diejenigen, die im Verlaufe oder nach Abschluss des Asylverfahrens in städtischen Asylunterkünften untergebracht sind, beziehen in der Regel Sozialhilfe bzw. Asylfürsorge. Diese hat ihrerseits keinen allgemeinen Auftrag zur Sexualaufklärung. Deshalb und weil nur etwa die Hälfte der Asylbevölkerung in städtischen Kollektivunterkünften wohnen, erfolgt keine flächendeckende Sexualaufklärung. Dazu kommt, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass ein genereller Nachholbedarf in Bezug auf Sexualaufklärung besteht. Gesundheitliche Fragen werden im Rahmen der Einzelfallberatung behandelt. Bei Bedarf wird gezielt an entsprechende Fachstellen weiterverwiesen. Einfache Ausgaben für Mittel zur Gesundheitsvorsorge sind im Sozialhilfebudget beim Grundbedarf für den Lebensunterhalt enthalten.

Sexuelle Aufklärung, insbesondere für Jugendliche, wird in den bestehenden Regelstrukturen (Schulen, Offene Jugendarbeit) geboten.

Zu den einzelnen Fragen:

Zur Frage 1:

«Wie und von wem wird in den städtischen Asylunterkünften sexuelle Aufklärung durchgeführt?»

Im Rahmen des Asylverfahrens befinden sich die Asylsuchenden zuerst in den Bundeszentren und kantonalen Durchgangszentren, wo Fachpersonen für Gesundheitsfragen präsent sind. In den Empfangs- und Verfahrenszentren des Bundes werden grenzsanitarischen Untersuchungen durchgeführt, die Asylsuchenden über das Gesundheitssystem der Schweiz informiert sowie die medizinische Grundversorgung sichergestellt. Erst danach findet der Wechsel in die Gemeinden statt.

In Winterthur lebt rund die Hälfte der Asylbevölkerung – dazu gehören Personen im Asyl- oder Wegweisungsverfahren, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge – in kollektiven Unterkünften. Die andere Hälfte lebt in einer eigenen Wohnung, was dem Ziel entspricht, ab Wohnsitznahme in einer Gemeinde die Selbstständigkeit so weit wie möglich zu fördern. Die Unterstützung erfolgt im Rahmen des Sozialhilfegesetzes und der Asylfürsorgeverordnung. Diese beinhalten keinen Auftrag zur sexuellen Aufklärung seitens der Gemeinden. Es finden sozialarbeiterische Einzelberatungen statt, der Zugang zur Hausärztin oder zum Hausarzt oder zu Spezialistinnen und Spezialisten ist im Rahmen der Gesundheitsversorgung gewährleistet.

Zur Frage 2:

«Besteht ein Konzept, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit anderen Städten und Gemeinden?»

Nein, bei der Sozialberatung ist diesbezüglich mangels Auftrag und Ressourcen für diese Aufgabe weder ein Konzept vorhanden noch besteht eine Zusammenarbeit mit anderen Städten und Gemeinden.

Zur Frage 3:

«Werden Präservative und Dental Dams umsonst abgegeben?»

Seitens der Sozialberatung werden keine Verhütungsmittel abgegeben. Grundsätzlich sind Artikel der Gesundheitspflege im Grundbedarf für den Lebensunterhalt gemäss SKOS enthalten und selbständig zu beschaffen.

Zur Frage 4:

«Wie sieht die Präventionsarbeit insbesondere bei langverbleibenden Asylbewerbern (mehrere Jahre) aus?»

Bei den Sozialen Diensten ist keine generelle Präventionsarbeit vorgesehen. In der Einzelfallberatung werden aber gesundheitlich relevante Themen aufgegriffen und die Klientinnen und Klienten an die Hausärztin / den Hausarzt vermittelt. Das Kantonale Sozialamt und die Ärztegesellschaft des Kantons Zürich führen die so genannte „Liste Asylhausärzte“. Gemäss dieser sind rund ein Dutzend Ärztinnen und Ärzte mit den Themen dieser Zielgruppe vertraut.

Kinder und Jugendliche, welche die Schule besuchen, erhalten auf der jeweiligen Stufe eine altersgerechte Sexualaufklärung.

Jugendliche und junge Erwachsene aus den Asylstrukturen besuchen in ihrer Freizeit Angebote der offenen Jugendarbeit (Jugendtreffs, Jugendhaus). Hier finden sie Informationsmaterial und können sich mit ihren Fragen an die Mitarbeitenden wenden. Letztere sind sich dies gewohnt. Je nach Bedarf thematisieren sie Sexualität und Geschlechterrollen gezielt, etwa mit einem Abend über Verhütung, Anmache oder Flirten.

Am runden Tisch „Mädchenarbeit“ der Offenen Jugendarbeit Winterthur fanden Weiterbildungen für die Beratung von Musliminnen betr. Sexualität und Geschlechterrollen statt. Zudem wird aktuell die Vernetzung mit der Fachstelle „Liebe, Sex und so weiter...“ und dem Verein „JASS – Just a simple Scarf“ verstärkt, an die Jugendliche weiterverwiesen werden können.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

M. Künzle

Der Stadtschreiber:

A. Simon